



Hungrig, schutzlos
und oft vergessen:

Kinder auf der Flucht

Zusammenfassung und Empfehlungen
des World Vision Berichts
zum Weltflüchtlingstag 2022

Juni 2022

Zusammenfassung

Kinder auf der Flucht gehören zu den am meisten gefährdeten Menschen der Welt. Flucht und Vertreibung unterbrechen jeden Aspekt des Lebens, der für Kinder in sicheren Ländern selbstverständlich ist: Schulunterricht, ein Zuhause, regelmäßige Mahlzeiten, medizinische Versorgung, Sicherheit und Schutz vor Gewalt ... die Liste ließe sich lange fortsetzen. Vertriebene und geflüchtete Kinder sind oftmals gleichzeitig verschiedensten Krisen wie bewaffnete Konflikte, Nahrungsmittelkrisen oder dem Verlust der eigenen Familie ausgesetzt. Diesen Notsituationen können sie wenig entgegensezten und sie erhalten oft viel zu wenig Unterstützung, um die physischen und psychischen Belastungen zu bewältigen. Die globalen Auswirkungen der gegenwärtigen multiplen Krisen zeigen die bestehenden weltweiten Abhängigkeiten und die Vulnerabilität der Schwächsten und besonders Gefährdeten.

Die ohnehin schon fragile Ernährungssituation im globalen Süden, hervorgerufen durch Klimaveränderungen, Dürrekatastrophen und den negativen wirtschaftlichen Folgen aufgrund der Covid-19 Pandemie, hat sich durch den anhaltenden Konflikt in der Ukraine noch weiter dramatisch verschlechtert. Die Welt steht nun kurz vor einer globalen Hungerkatastrophe. Hunger und Konflikte führen zu Not und Vertreibung von Menschen – sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Landes. Der Lebensunterhalt der Menschen geht verloren, die Sicherheit und das Leben von zahlreichen Familien ist gefährdet, gewaltsame Übergriffe, auch sexualisierte Gewalt, nehmen zu. Vor allem Kinder sind dem schutzlos ausgeliefert.

Explodierende Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel und Exportstopps von Weizen und Düngemittel aus der Ukraine verknappen die Versorgung weiter. Die Ärmsten der Armen in den weizenimportabhängigen Ländern des Globalen Südens trifft es als erstes.

Für vertriebene Kinder und ihre Familien, die oft auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, ist dies eine zusätzliche Verschärfung einer schon bestehenden Katastrophe.

Ein aktueller, zum diesjährigen Weltflüchtlingstag erschienener Report von World Vision ("Hungry, schutzlos und oft vergessen: Kinder auf der Flucht") befasst sich mit der Situation von Geflüchteten in Afrika, Asien und Lateinamerika. In der Studie wurden Binnenvertriebene und Geflüchtete in elf Ländern befragt, um die Risiken zu verstehen, denen insbesondere Kinder auf der Flucht ausgesetzt sind. Es werden zudem dringend notwendige

Handlungsoptionen und politische Maßnahmen aufgezeigt, damit betroffene Kinder schnell die benötigte Hilfe erhalten können. Die in der Studie genannten Zahlen sind alarmierend - insbesondere da sich die Herausforderungen vervielfachen und immer mehr Kinder immer größeren Risiken ausgesetzt sind. Zum zweiten Mal in Folge gaben die Mehrheit der befragten Geflüchteten und Binnenvertriebenen einen Einkommensrückgang an. 82% der Befragten erklärten, dass sie sich das Nötigste für ihren Lebensunterhalt nicht mehr leisten können. Diese Familien und ihre Kinder brauchen umgehend Hilfe, um zu überleben.

Es war eine komplexe Aufgabe, die existierenden Humanitären Krisen umfassend zu erfassen und zudem zu analysieren, wie die globale Hungerkrise den Kinderschutz und die Zukunft von Millionen von Kindern gefährdet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind jedoch substantiell und valide und lassen konkrete Schlussfolgerungen zu. World Vision fordert daher Nationalregierungen, die internationale Gemeinschaft und Geberländer dringend dazu auf, bei ihren Entscheidungen zur globalen Krisenbewältigung die Belange der vertriebenen und am stärksten gefährdeten Kinder der Welt mehr in den Fokus zu nehmen. Dazu sind ausreichende Ressourcen für Humanitäre Hilfe sowie für die Entwicklungszusammenarbeit notwendig, um langfristige Strukturen zu schaffen und um bessere und resiliente Krisenbewältigungsmechanismen aufzubauen zu können. Es muss sichergestellt werden, dass Maßnahmen wirksam und nachhaltig sind und bis in die nächste Generation hineinwirken.



Konflikte, Klimawandel, COVID-19 und steigende Kosten haben nicht nur die bereits bestehenden Probleme flüchtender Menschen verschlimmert, sondern auch neue Hindernisse und Risiken geschaffen. Flüchtende, die ohnehin schon zu den gefährdetsten Bevölkerungsgruppen der Welt gehören, sehen sich nun noch größeren Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Schutz und Bildung sowie einer psychosozialen Belastung gegenüber. Die Reaktion der Geber auf die Ukraine-Krise war ein Beispiel für Solidarität. Innerhalb von nur zwei Monaten wurden weltweit 61,5 % (1,38 Mrd. USD) der benötigten Mittel für die Ersthilfe und Begleitung ukrainischer Flüchtlinge mobilisiert, sowie weitere 340,48 Mio. USD für die regionale Flüchtlingshilfe. Bei Finanzaufzügen für andere Notsituationen ist dies leider nicht der Fall. Alle weiteren für 2022 ausgerufenen und aufgestellten UN-Hilfspläne wurden in den letzten sechs Monaten gerade mal zu 18 % finanziert.

Von diesen Geldern werden nur 4 % für den besonderen Schutz von Kindern verwendet. **Damit ist Kinderschutz der am wenigsten finanzierte Bereich der gesamten humanitären Hilfe.** Dies steht der Verwirklichung der in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Rechte massiv entgegen. Außer Landes flüchtende Menschen und Binnenvertriebene verdienen und benötigen dringend humanitäre Hilfe – unabhängig davon, woher sie kommen oder wo sie Zuflucht suchen. Wir fordern alle Geberinnen und Geber auf, ihre bestehenden Finanzierungszusagen für die weltweite Krise einzuhalten und die Unterstützung für geflüchtete Menschen und Binnenvertriebene im kommenden Jahr zu erhöhen.



Ergebnisse

Die 2022 von World Vision durchgeführte Befragung von Flüchtenden und Vertriebenen macht deutlich, dass **die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie für Menschen, die in fragilen Kontexten und in den ärmsten Ländern leben, nach wie vor verheerend sind. Diese Menschen leiden mehr als andere Bevölkerungsgruppen, weil sie aufgrund der sich verschärfenden Krisen oder dem Leben in fragilen Kontexten doppelt oder dreifach betroffen sind.**

- Vertriebene Menschen haben bei den Plänen zur Bewältigung der COVID-19 Pandemie und anderer Krisen nach wie vor eine niedrige Priorität, insbesondere diejenigen, die in langandauernden Katastrophensituationen leben.
- Die Verschuldung vieler Haushalte hat sich massiv erhöht, da sich die Wirtschaft längst noch nicht erholt hat. Zwei Jahre in Folge meldete die Mehrheit der Flüchtenden und Vertriebenen einen Rückgang ihres Einkommens. Schon im Jahr 2021 meldeten 72 % einen Rückgang ihres Einkommens, und 56 % berichteten, dass ihr Einkommen im Jahr 2022 noch weiter gesunken ist.
- Fast 21 Millionen Kinder weltweit sind von akutem Hunger bedroht. Millionen weitere sind zu Hause oder in ihrer Gemeinschaft Gewaltsituationen ausgesetzt. Denn oftmals sind Familien durch drohende Nahrungsmittelunsicherheit zu verzweifelten Überlebensstrategien gezwungen.
- 82 % der Befragten geben an, dass sie nicht in der Lage sind ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und berichteten, dass sie sich keine medizinische Versorgung, Miete oder ausreichend Lebensmittel leisten können.
- 78 % aller befragten Geflüchteten und Binnenvertriebenen gaben an, nicht mal ihren täglichen Nahrungsmittelbedarf decken zu können.
- Der Zugang zu Impfstoffen bleibt ungleich verteilt und ist für viele Menschen immer noch unerreichbar. Insgesamt wurden in 184 Ländern mehr als 11,8 Milliarden Impfdosen verabreicht, aber nur ein kleiner Teil davon in den ärmeren Ländern. So erhielten die Demokratische Republik Kongo (DRC) und Uganda, beides Länder mit einer sehr hohen Anzahl von Menschen mit Fluchthintergrund, nur insgesamt 1,4 % der verfügbaren Impfstoffe. Seit Juni 2021 erhielten nur 1,1 % der Bevölkerung eine zusätzliche Impfung.
- Flüchtende und Vertriebene haben oft keinen oder nicht ausreichend Zugang zu medizinischer Versorgung. Eine von vier befragten Personen gab an, im letzten Jahr aufgrund dessen ein Familienmitglied verloren zu haben. Vier von zehn dieser Todesfälle waren auf eine COVID-19-Erkrankung zurückzuführen.



Die Sicherheit von Kindern ist bedroht, und Kinder und ihre Familien haben Schwierigkeiten, die sozialen Dienstleistungen zu bekommen, die sie dringend benötigen.

- 15,4 Millionen (44 %) der flüchtenden und binnenvertriebenen Kinder haben keinen Zugang zu den für sie so wichtigen Kinderschutzdiensten - ein Anstieg um 13 % gegenüber 2021.
- Familien werden getrennt, wodurch Kinder einem größeren Risiko ausgesetzt sind, Gewalt zu erfahren oder ausbeutet zu werden, wenn sie ohne Erwachsene oder andere Familienmitglieder unterwegs sind. Befragte gaben an, dass sie in den letzten zwölf Monaten mehr allein reisende Frauen mit Kindern (37 %), mehr unbegleitete junge Frauen (16 %) und mehr allein reisende Kinder (16 %) im Vergleich zum Vorjahr 2021 wahrgenommen haben.
- Fast die Hälfte der Kinder (49 %) hat Probleme beim Zugang zu einer sicheren Unterkunft, und 44 % haben keinerlei Zugang zu psychologischer Unterstützung und rechtlichen Beratungsdiensten.
- Flüchtende und binnenvertriebene Kinder haben Schwierigkeiten, Zugang zu Bildung zu bekommen
 - » Eine von drei Familien hatte Kinder, die noch immer von Schulschließungen betroffen waren
 - » Die Zahl der Familien, die angaben, nicht über die nötigen Mittel zu verfügen, um ihre Kinder zur Schule zu schicken, verdoppelte sich von 2021 auf 2022. Eine von fünf Familien gab an, nicht über die nötigen Mittel zu verfügen, um ihre Kinder zur Schule zu schicken.



Empfehlungen

Der World Vision Report 2022 veranschaulicht, dass gewaltsam vertriebene Mädchen und Jungen mehr denn je gefährdet sind. Sie sind von Ernährungsunsicherheit aufgrund der globalen Hungerkrise betroffen, von den langfristigen sozioökonomischen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie, sowie von den anhaltenden Konflikten und dem Klimawandel.

Das Zusammentreffen multipler Krisen hat zu einer globalen Kinderschutzkrise geführt. Leider geschieht dies zu einer Zeit, in der die finanziellen Ressourcen für die Stärkung der Dienste und Systeme, die Kindern helfen, weit hinter den Bedarfen zurückbleiben. Dabei ist es essenziell, dass dafür gesorgt wird, dass Kinder sicher und gesund bleiben, und dass sie sich von den Auswirkungen von Konflikt und Vertreibung erholen können.

World Vision ruft die Vereinten Nationen, die Regierungen der Geberländer (so auch die Bundesregierung Deutschlands), Aufnahmeländer, lokale Behörden, Nichtregierungsorganisationen und Spenderinnen und Spender dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass gewaltsam vertriebene Kinder in allen Krisen Zugang zu Schutz bekommen, den sie so dringend benötigen. Lebensrettende Kinderschutzprogramme müssen aufrechterhalten und erweitert werden. Kindeswohl muss oberste Priorität beim Kampf gegen die globale Hungerkrise haben. Kinder müssen vor Gewalt und Ausbeutung geschützt werden. Dies sollte integraler Bestandteil jeder humanitären Hilfsaktion sein.



In (globalen) Krisenkontexten müssen alle Konfliktparteien ...

... ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, den Menschenrechten und dem Geflüchtetenrecht nachkommen. Kinder müssen bedingungslos vor der Verletzung ihrer Rechte geschützt werden.

... ungehinderten und sicheren Zugang für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens, der

humanitären Hilfe sowie den freiwilligen Helfern ermöglichen, um die Bereitstellung lebensrettender humanitärer Hilfe schnell zu gewährleisten. Dies muss auch den Zugang für Mitarbeitende, die sich für den Schutz von Kindern einsetzen, einschließen.

Nationale Regierungen (so auch Deutschland) müssen ...

... sicherstellen, dass die innerstaatlichen Verordnungen und Anwendungen mit dem internationalen Geflüchtetenrecht (einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, sowie mit den internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Globalen Pakts für Flüchtende) im Einklang stehen.

... den ungehinderten Zugang zu Bildung gewährleisten, Jobmöglichkeiten schaffen und eine Integration in den lokalen Arbeitsmarkt ermöglichen, einschließlich der Erteilung der erforderlichen Arbeitsgenehmigungen. Des Weiteren müssen flüchtende Kinder und ihre Familien sowie Aufnahmegerneinden Zugang zu Gesundheitsversorgung erhalten.

... sich für die Schaffung bzw. Stärkung nationaler, kindersensibler Sozialschutzsysteme einsetzen. Hierfür sollten ausreichend Finanzmittel bereitgestellt werden. Zudem müssen Mechanismen zur Umsetzung und Rechenschaftslegung geschaffen werden, damit gewährleistet ist, dass gewaltsam vertriebene Kinder und ihre Familien ausreichend Schutz vor Nahrungsmittelknappheit und vor dem Verlust des Haushalteinkommens erhalten, und weitere notwendige Schutzmaßnahmen ergriffen werden können.

... sicherstellen, dass nationale Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 gerecht sind und Vertriebene, Flüchtende und Asylsuchende den gleichen Zugang zu Impfprogrammen und zu allen anderen nationalen Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von COVID-19 haben.

... in nationale Systeme und Dienste zum Schutz von Kindern investieren, insbesondere in ein umfassendes Fallmanagement, sowie in psychologische und psychosoziale Betreuung und in juristische Dienstleistungen, wie die Registrierung von Geburten und die Wiederbeschaffung verloren gegangener Dokumente. Diese müssen für alle gewaltsam vertriebenen Kinder, Geflüchtete und Asylsuchende frei verfügbar und zugänglich sein.

... nationale Kinderschutzprogramme und Servicestellen aufrechterhalten, einschließlich der Weiterleitungsmöglichkeit an Partnerorganisationen und Einrichtungen (Jugend- und Sozialämter, psychologische Betreuung, etc.).

Geberorganisationen und -länder (so auch Deutschland) müssen ...

... zumindest die derzeitigen Zusagen für humanitäre Hilfe aufrechterhalten, insbesondere bezüglich der „vergessenen Krisen“ mit chronisch unterfinanzierten Reaktionsplänen. Es muss sichergestellt sein, dass im Rahmen dieser humanitären Maßnahmen veranschlagte Gelder für den Kinderschutz nicht durch zusätzliche Anforderungen und Bedarfe gefährdet werden, die aufgrund der Krise in der Ukraine entstanden sind.

... dringend mehr humanitäre Hilfe bereitstellen, um die in den Reaktionsplänen für Humanitäre- und Flüchtlingshilfe beschriebenen Bedarfe zu decken. Vorrangig müssen Mittel für die Bekämpfung der Faktoren verfügbar sein, die am stärksten zu den Schutzrisiken für gewaltsam vertriebene Kinder beitragen, wie z. B. Ernährungsunsicherheit, Verlust des Haushalteinkommens, fehlender Zugang zu Bildung und die Auswirkungen des Klimawandels.

... neue Mittel für die weltweite Hungerkrise bereitstellen, um die Folgen aufgrund der verminderten Lieferung von Nahrungsmittelhilfe für die von Vertreibung betroffene Bevölkerung abzumildern. Zudem muss eine weitere Verschärfung der Ernährungsunsicherheit verhindert werden, indem gleichzeitig in mehr Nahrungsmittelsoforthilfe und in die Stärkung der Ernährungssysteme investiert wird. Dies sollte im Sinne des Nexus-Ansatzes zur Erhöhung der Ernährungssicherheit und der Resilienz erfolgen.

... vorrangig Mittel für gezielte Maßnahmen zum Schutz von Kindern bereitstellen und sicherstellen, dass die Finanzierungsaufrufe im Rahmen der humanitären Hilfe und der Not hilfepläne für Kinderschutzprogramme im Einklang mit den Empfehlungen der Alliance for Child Protection in Humanitarian Action für 2020 sind und vollständig finanziert werden.¹

¹ <https://alliancecpha.org/en/child-protection-online-library/report-unprotected-annual-spotlight-child-protection-funding>

Alle humanitären Akteurinnen und Akteure, einschließlich Vereinte Nationen und Nichtregierungsorganisationen sollten

... sicherstellen, dass dem Schutz von Kindern bei allen humanitären Maßnahmen Vorrang gewährt wird. Über-sichten und Bewertungen über den Bedarf an humanitärer und Nothilfe sollten alters- und geschlechtsspezifische Daten und Analysen als Grundlage für die Planung von Maßnahmen enthalten. Alle Pläne für humanitäre und Nothilfe sollten einen speziellen Aufruf zum Schutz von Kindern enthalten, der von einem konkreten Sektorplan mit entsprechenden Maßnahmen und Zielen begleitet wird.

... gemeinsam darauf hinwirken, dass alle gewaltsam vertriebenen Kinder Zugang zu Kinderschutzdiensten haben. Diese sollten insbesondere ein umfassendes Fallmanagement und mentale und psychosoziale Unterstützung beinhalten, sowie Dienstleistungen, die die Gesundheit und Sicherheit der Kinder fördern: Beispielsweise der Zugang zu medizinischer Versorgung, Ernährungsberatung, Nahrungsmittelhilfe, Bildung und spezielle Diensten für Kinder mit Behinderung oder geschlechtsspezifischen Gewalterlebnissen, oder Unterstützung für Kinder, die früher mit bewaffneten Kräften oder Gruppen in Verbindung standen. Dies sollte im Einklang mit den Mindeststandards für Kinderschutz bei humanitären Maßnahmen und als Beitrag zu den UNICEF-Kernverpflichtungen für Kinder bei humanitären Maßnahmen geschehen.

... weiterhin den Kapazitätenaufbau für den Bereich Kinderschutz im Rahmen von Hilfsprogrammen fördern, sowie das „mainstreaming“ und die politische Arbeit zu Kinderschutz unterstützen, insbesondere für humanitäre Helferinnen und Helfer im Einsatz und lokale Partnerinnen und Partner, einschließlich religiöser Führerinnen und Führer.

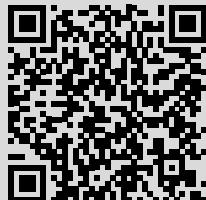
... sicherstellen, dass bei allen Programmbeurteilungen, Plänen und Maßnahmen in den Bereichen Ernährungssicherung, Lebensunterhalt und gesunde Ernährung Kinderschutzaspekte übergreifend berücksichtigt werden

(„mainstreaming“), um die Prävention und Verminderung von Gewalt und Ausbeutung zu unterstützen. Das beinhaltet auch die Berücksichtigung der besonderen Schutzprobleme, die gewaltsam vertriebene Kinder erfahren müssen.

... sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Situationsbeschreibung von flüchtenden und binnenvertriebenen Kindern bei nationalen Regierungen und Geberorganisationen wahrgenommen werden, und Möglichkeiten für die Beteiligung von Kindern geschaffen werden, damit die Stimmen der Kinder und ihre Belange gehört werden und Kinderschutz Vorrang geleistet werden kann. So können die Bedarfe der Kinder bei wichtigen politischen Zusagen und Finanzierungsentscheidungen und bei der Bewältigung der dringendsten Herausforderungen besser berücksichtigt und umgesetzt werden.



Der gesamte Bericht „Hungry and unprotected children: The forgotten refugees“ ist hier zu finden:
https://www.worldvision.de/sites/worldvision.de/files/pdf/WRD_report_2022.pdf



World Vision Deutschland e.V.
Am Zollstock 2–4 • 61381 Friedrichsdorf
info@worldvision.de

Telefon:
06172 763-0

worldvision.de

